

Wohlstand

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Magistrat Lüding
Eing. 25. NOV. 1933

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post direktvierteljährlich 1,50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Ann. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeitbreite 1,20 RM.

Nr. 48.

Berlin, 24. November 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: 2. 514: Keine Grenzvereinbarung! / 2. 515: Direktorenverlegung in Oberkasselen. — 14 deutsche Volksworte in Gemeinschaft entlassen. / 2. 516: Nationaldemokratie und Abenteuer. / 2. 517: Schland-Bohe. / 2. 518: Jan Wollor und der 23. Mann. / 2. 519: Herr Wollor in Ostland (Eintausendsechzig) — Der politische Aufbau in Polen. / 2. 521: Alfred Rosenberg über das neue Deutschland. / 2. 522: Vertiefungsarbeiten für Schweden. / 2. 523: Welche NSD-Aktivitäten in Südbaltikum. — Norddeutsche Klänge.

Keine Gewaltanwendung!

Reichskanzler Adolf Hitler empfing am 15. November den polnischen Gesandten Sipiński zu einer Besprechung, in der die Bereitwilligkeit der beiden Regierungen festgelegt wurde, die ihre beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten. Nach dieser Vereinbarung werden Deutschland und Polen alles unternehmen, d. h. unter Ausschöpfung des Völkerbundes, miteinander verhandeln. Voraus sich die Verhandlungen in rümpfen beziehen werden, steht noch nicht fest. Auf handelspolitischem Gebiete sind seit einigen Wochen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen im Gange. Es ist anzunehmen, daß u. a. auch versucht werden wird, die Frage der nationalen Hindernisse durch unmittelbare Verhandlung, also außerhalb des bisherigen Ganges Rohmanns, zu regeln. Was die Grenzrevisionenfrage anlangt, so muß gegenüber den Missverständnissen der Gegenseite mit Nachdruck festgestellt werden, daß der Verzicht auf Gewaltanwendung für Deutschland kein „Oktocarno“ im Sinne eines Verzichtes auf weitere friedliche Geltendmachung seiner Revisionen-Sprüche bedeutet.

Niemand ist sich über die Schwierigkeiten im Ansehl, denen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in sachlicher und psychologischer Hinsicht begeben. Trotzdem wird die Erklärung vom 15. November allgemein und mit Recht als ein Ereignis von grundsätzlicher politischer Bedeutung gewertet. Es ist zu beachten, daß Polen als erster Staat des französischen Bündnisystems sein Verhalten der innerpolitischen Entscheidung und dem außenpolitischen Anstreben Deutschlands anpaßt, indem es als erster Staat direkte Verhandlungen mit Deutschland nach dessen Zutritt aus dem Völkerbunde aufnimmt, und zwar in bewusster Ablehnung der französischen Ehehe, der zufolge Verhandlungen mit Deutschland auch in Zukunft nur „in voller Öffentlichkeit“, d. h. über den Völkerbund, geführt werden sollen. Es wird hier gerade an der unmittelbaren Stelle Europas eine Entspannung der politischen Verhältnisse versucht. Der Völkerbund hat einen hervorragenden Beitrag dazu geleistet, nicht nur, daß er als eine im französischen Sinne geleistete Institution überhaupt niemals ernstlich die Absicht gehabt, einer deutsch-polnischen Verhandlung die Wege zu ebnen, Frankreich ist durch die Friedensinitiative im Osten zurücktritt. Es fördert für den Fortbestand seines europäischen Bündnisystems. Da dieses System auf der Vermittlung der Gegenseite zwischen Deutschland und seinen alliierten Nachbarstaaten beruht, ist es nicht weiter verwunderlich, daß die französische Diplomatie jetzt versucht, die Polen vor den „Gefahren“ einer Annäherung an Deutschland zu „warnen“ und sie misstrauisch gegenüber dem deutschen Verhandlungswillen zu machen. Deutschland, so heißt es, komme es nur darauf an, die Polen von ihren Bundesgenossen zu trennen, um ihnen dann bei günstiger Gelegenheit um so leichter die umstrittenen Gebiete abzunehmen zu können. Es ist bezeichnend für die politische Situation in Europa, daß England bei diesen französischen Störungsversuchen Hilfestellung leistet. Denn wenn gerade jetzt von einem Teil der englischen Presse eskatistisch von der Korridorfrage die Rede ist, so geschieht das wohl nicht zuletzt in der Absicht, den Polen die Lust an den Verhandlungen mit Deutschland zu nehmen und ihre Politik wieder in die alten Bahnen des Völkerbundes zu lenken. Und wenn die „Morningpost“ gerade jetzt darauf hinweist, daß die Sorge der zu erwartenden Grenzrevision der Memeler Hafen dazu aus-

ersehen sein werde, den Polen als Zugung zum Meere zu dienen, dann tut sie das wohl in der Hoffnung, auch Ötannen gegen die deutsch-polnische Verhandlung mobilisieren zu können.

Es scheint jedoch, daß der Appell an die Angst, der früher niemals seine Wirkung verfehlt hat, heute in Polen nicht mehr den gewohnten Widerhall findet. Polen hat, wie es scheint, keine Lust mehr sich von Frankreich niederdrücken zu lassen, mit wem es verhandeln soll und mit wem es sich nicht abgeben darf. Selbst die nationaldemokratischen Kreise, die sich bisher bis zur Selbstverleugung dem französischen Denken unterworfen und der französischen Politik einpassig bereit waren, sind Frankreich gegenüber zurückhaltender und misstrauisch geworden. Es hat sie enttäuscht, daß Frankreich sie in den letzten Jahren im Stich gelassen und nichts unternommen hat, um sie, die doch seine treuesten Partigänger sind, gegen die innerpolitische Gegenkraft des übermächtigen Pfaffenbürgers zu schützen. Und es hat sie bedenklich gestimmt, daß Frankreich wiederholt, z. B. in der Denkschrift, und vor allem in der Frage des Biermarktpolizes, Wege ergangen hat, die ihrer Ansicht nach den polnischen Wünschen und Interessen durchaus nicht entsprechen. Wenn es wohl auch heute noch zutrifft, was man von den Führern der Rationaldemokraten sagt, daß sie „Deutschland mehr hoffen, als sie ihr Vaterland lieben“, so kann man doch feststellen, daß in ihrem Ver-



Wir laden ein zu einer

Gedächtnisfeier

am Totensonntag,
dem 26. November, abends 6 Uhr,
in die Neue Kirche
am Gendarmenmarkt, U-Str. Friedrichs-
bad, Ausgang Charlottenstraße.

In stiller erster Trauer gilt es, das Gedächtnis der gefallenen Kameraden der Wehr, die in der uns entzerrten Heimatorte ruhen, zu wahren und die Toten zu ehren. Die Gedächtnispredigt hat in dantenswerter Weise Herr Pfarrer Lic. Dr. Hoen (früher Samter, Döbentz, Kolmar, Wo.) übernommen. Der Eintritt ist frei! Kostenlos folgen der Feier werden am Eingang der Kirche abgegeben.

Bund Deutscher Osten
Ortsgruppe
„Berein ehemaliger Kämpfer Berlin“
(Hofstraße).

Direktorenverfolgung in Ostoberschlesien.

Vor einiger Zeit war in der polnischen Presse zu lesen, daß die Warschauer Regierung mit der Absicht umgehe, die in reichsdeutschem Besitz befindlichen Aktien der ostoberschlesischen Industrie in der Weise aufzukaufen, daß sie die zusammenfassend bezeichnend einer Interessengemeinschaft der ostoberschlesischen Industrie beizubehalten und die Verwaltungen würden bereits mit dem Großindustriellen Chylen geschlossen. Seitdem hat man von dieser Sache nichts mehr gehört. Doch ließ die Verhandlungen, falls sie wirklich stattgefunden haben sollten, verjähren haben, kann man jedoch aus den neuen Aktionen entnehmen, die namentlich schon seit Wochen gegen den deutschen Industrieleiter Ostoberschlesien durchgeführt werden. Der Hauptteil der polnischen Aktion ist die Interessengemeinschaft Rationonowicz A. G. — Königs- und Laurahütte A. G., der für die, noch maßgeblich in deutscher Hand befindliche Industriezentren der Wojewodschaft. Nach dem Scheitern der Kaufpläne wurde von polnischer Seite zunächst versucht, die Interessengemeinschaft durch die Einsetzung von Regierungskommissionen in die Hand zu bekommen. Dieser Plan wurde jedoch, da der Kartellkomplex, der an der Interessengemeinschaft beteiligt ist, dagegen protestierte, wieder fallen gelassen. Darauf wurde der Versuch unternommen, die Interessengemeinschaft zur Lösung ihrer Beziehungen zu den deutschen Großbanken zu zwingen, um an deren Stelle als Kreditgeber die polnischen Staatsbanken, die „Bank von Polen“ und die „Kreditgesellschaften“ treten zu lassen. „Polenfortschritt“ bemühte man sich, der Interessengemeinschaft einen rechtlichen Einbruch durch die „Diskontierung ihrer Forderungen“ zu erleichtern. Dafür verlangte man allerdings als Gegenleistung die Entferrnung aller deutschen Direktoren, denen dann wohl sehr bald auch die deutschen Arbeiter und Angestellten der Unternehmungen nachfolgen würden. Als auch dieser Weg, die ostoberschlesische Industrie „von deutschen Kapitaleinflüssen zu säubern“, nicht zum Ziele führte, griff „Polen“ zu anderen Mitteln.

Der Wojewode Grajanski, der nie stets die treibende Kraft all dieser gegen die deutsche Industrie gerichteten Maßnahmen ist, infizierte mit Hilfe der Chawojnizerverbände, der Presse und der Staatsanwaltschaft eine intensive Hege gegen die leitenden Beamten der Interessengemeinschaft, die sich weigerten, ihre Aktien freiwillig vor dem polnischen Staat zu verkaufen. Die deutschen Direktoren wurden aller möglichen finanziellen Verberufungen beraubt. So ließ es, es seien bei einer Aktienrezeptionsaktion zwischen der Interessengemeinschaft und dem Kartellkongress folgende Zuwendungen ausgesetzt worden, daß anderer Gelegenheit seien 100 Mill. Zloty (aktive Schulden gewahrt, und der polnische Staat ist im Falle eines Scheiterns der Hege gegen die reichsdeutsche Produktionskraft nicht durch den Verkauf der Aktien, das er die Stilllegung mehrerer Betriebe veranlaßt hätte, nur die Arbeiter und Angestellten auf die Straße zu werfen und der Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Die „Polen“ bejammert den Schaden, den der Fiskus erlitten haben soll, auf rund 16 Mill. Zloty, ohne irgendwelche statistische Anhaltspunkte hierfür. Die Verantwortlichen der Verberufungen sind demnach nicht die Arbeiter, sondern die Regierung. Man braucht, z. B. nur daran zu erinnern, daß für die Stilllegung eines Betriebes und für die Entlassung von

Arbeitern die Genehmigung des polnischen Demobilisationskontrollamts erforderlich ist. Bei einer ganzen Reihe von Unzuliefereremalungen wurden Revisionen und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Material und selbst private Korrespondenz wurde zermürbend befragt. Mehrere leitende Industriemitarbeiter wurden verhaftet, so die Betriebsmitarbeiter der Werke W.S., Oberbergwerksdirektor Jungels und Dr. Wozniak, sowie Generaldirektor Wode von der Interessengemeinschaft. Man sieht ohne weiteres, was unzulässiger Finanzmanipulationen anbanden, und von den Unternehmungen wird man Millionenbeträge an Steuernachzahlungen fordern. Es ist nicht zu ermitteln, daß in Ostoberschlesien 10 etwas geschäftig. Bericht geworden bin die Fälle des Prinzen von Plesch und des Oberbergwerksdirektors Dr. Ebeling. Dem einen wurde eine Steuerrechnung von 12 Mill. Zloty präferiert — „unzulässig“ zu derselben Zeit, in der er den Einkommen des Deutschen Volksbundes anwand. Und der andere wurde für 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, weil das Gericht gewisse Exzessaktionen zwischen der Deutschen Verwaltung und der Südhöfische Demag als „schändlich“ ansah. Jetzt wollen die Polen auf Sanz gehen. Außerdem die Presse in monotoner Hege gegen das „schändliche deutsche Kapital“ vorgedrückt hat, wird jetzt der ganze beherrschende Apparat aufgerufen, um dem „Volkswort“ zu seinem Recht zu verhelfen. Da „Polen“ das den sehr Kapital nicht aufkaufen kann, weil es die Finanzen zu schmelzen, um über das Kapital, das ihm nicht gehört, dennoch die freie Verfügungsgewalt zu erlangen.

Neben dieser großen Aktion gegen das deutsche Kapital geht im Reiches Grajanski eine andere Zermürbungsaktion gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit einher. Jeder Tag bringt neue Verberufungen und neue Verurteilungen. So wurde der neue Vorsitzende der Kartellgruppe Szwarczowski der Deutschen Partei, Copak, verhaftet, weil er anscheinlich an einer nationalen Seite in Preußen teilgenommen haben soll. In Rybnik wurde ein deutscher Beamter namens Kraft verhaftet, weil drei polnische Erzeugnisse behaupteten, von dem einen (1) Tauschen überfallen worden zu sein. In Myslowitz wurden drei Deutsche, darunter der dortige Ortsgruppenleiter der Deutschen Partei, um dem Verberufungsleiter Amtliche Urteile (10 Monate Gefängnis verurteilt, weil sie „Heil Hitler“ gerufen haben sollen. In Königschütze wurden elf deutsche Jungen, die sich nach einer Verurteilung der Jugendgerichtlichen Partei mit dem Strafe „Soll“ von einander verabschiedet hatten, gefangenommen und z. B. von Schlichter für je 14 Tagen Haft verurteilt, während die übrigen „neuen“ Subskribenten vor ein ordentliches Gericht gestellt werden sollen. Das Verbot, den Namen „Polen“ zu verwenden, wird auch durch das Gesetz im Zeichen der deutsch-polnischen Verständigung. Das alles geschieht zu derselben Zeit, in der der polnische Außenminister Obrst Zie in bezug auf die Unterredung des Reichskanzlers mit dem polnischen Gesandten erklärte, daß die Bevölkerung Deutschlands und Polens darüber unversichert worden sind, daß die beiden Völker die Verantwortung für die Verberufungen und Verurteilungen auf beiden Seiten auf sich zu nehmen und zu bejahen.“ Bek mühe sich auch einmal um Ostoberschlesien kümmern!

14 deutsche Rassenärzte in Pommerellen entlassen.

Die Krankenkassen in Bromberg, Thorn und in anderen Orten Pommerellens haben einer ganzen Anzahl von deutschen Ärzten mitgeteilt, daß sie ab 5. November d. J. auf Grund eines Abkommens zwischen Krankenkassen und Ärzteverband ihre Rassenpraxis einstellen hätten. In Bromberg sind hieron 5, in Thorn 3 und im übrigen Pommerellen (Kulme, Danzburk, Cierik, Krotkow und Walbau) weitere 5 deutsche Ärzte betroffen. Von Entlassungen liegt bereits folgender Bergang zu Protokoll: Am 31. Oktober d. J. traten drei Gelehrte alle Verträge der Krankenkassen mit den Ärzten außer Kraft. Die Krankenkassen erklärten sich zur Erneuerung der Verträge nur unter der Bedingung bereit, daß 15 v. H. der bisher bezahlten Ärzte gestrichen würden. Geschritten werden sollten die Ärzte, die für die Rassenpraxis „ungeeignet“ erschienen. Diese „ungeeigneten“ Ärzte wurden von den Rassen selbst nominiert gemacht. Die meisten polnischen Ärzte sind jedoch ohne besondere Begründung umklar. Die Rassen können dabei keinen roten Heltz; den Rassenpatienten aber wird das Recht der freien Arztwahl beschliffen. Der negative Sinn der Maßnahme liegt allerdings klar auf der Hand: Die deutschen Ärzte sollten aus der Rassenpraxis herausgedrängt, wirtschaftlich geschädigt und dadurch vielleicht zur Abwanderung gezwungen werden. Die Angehörigen der deutschen Minderheit aber sollen gezwungen werden, zu polnischen Ärzten zu gehen. Es sind zwar auch einige polnische Rassenärzte entlassen worden, aber die polnische Ärztschaft wird durch die Maßnahmen verhältnismäßig viel weniger als die deutsche betroffen. Im Bezirk des pommerellischen Ärzteverbandes (der sich mit der Wojewodschaft Pommerellen nicht deckt) gibt es, wie die „Deutsche Rassenchau“ in Bromberg schreibt, rund 480 Ärzte, darunter etwa 360 Rassenärzte, unter diesen bekannten sind 225 zum polnischen und 25 zum deutschen Volkstum. Von diesen 35 Ärzten sind 14 abgebaut worden. „In Bromberg“, schreibt die „Deutsche Rassenchau“ hieron, „hat man von 44 polnischen Rassenärzten nur zwei alte Herren, die nicht mehr viel leisten konnten, ent-

lassen.“ Das sind 45 v. H. Dagegen wurde von 10 deutschen Rassenärzten etwa die Hälfte reduziert. Das sind 50 v. H. Darunter befindet sich der einzige deutsche Chirurg, den man schon früher von seiner leitenden Stellung im Diakonissenhause verdrängt hatte; darunter findet sich der einzige deutsche Scharhrt für Augenkrankheiten, der schon zu preiswürdiger Zeit unentgeltlich in einer polnischen Stiftung (dem St. Antonianstift) die kranken Juden seiner polnischen Mitbürger behandelt hat. Darunter befinden sich zwei Ärzte, die durch die polnischen Rassenärzte in leitende Rassenärzte.

Im Stadt- und Landkreis Thorn wurden sämtliche deutsche Rassenärzte entlassen, darunter die beiden Ärzte am Diakonissenhaus. In Walbau wurde der deutsche Rassenarzt abgebaut; ein polnischer Arzt ist nicht in der Nähe; die nächsten Rassenärzte sind erst in dem 30 Kilometer entfernten Bromberg anzutreffen. Die Gründe, die für die „Ungeeignetheit“ dieser deutschen Ärzte angeführt werden, behelten auf einer ständigen Rassenpraxis nicht. Bei 10 von 14 sind es aber die beherrschende polnische Sprache und die Unfähigkeit, seinen polnischen Patienten daher nicht hinreichend verständlich. Wenn das der Fall wäre, würden die Polen nicht zu ihm kommen. Einem anderen wird „mangelnde Leistungsfähigkeit“ zum Vorwurf gemacht; er hat jedoch seine Praxis niemals verläßt und dazu noch wiederholt seine polnischen Kollegen vertreten. Einem dritten wird vorgeworfen, daß er die Rassenpraxis nicht beibehalten hat. Ein vierter ist jedoch nicht ein einziges Mal vorwiegend worden, was man von anderen polnischen Ärzten nicht behaupten kann. Ähnlich sind die Begründungen in den anderen Fällen aus. Zu der Friedenspolitik die der polnische Gesandte in der Reichskanzlei (so kann befürwortet) hat, ist das folgende Vorgehen der polnischen Krankenkassenpolitik eine reichende Remonstration. Es muß noch manches andere werden in Polen, die Rassenpraxis ist aber die Best. Krankenkassen haben neben der Verberufung noch den Kranken einen Dienst erwiesen, von dem betroffenen Ärzten gar nicht zu reden!

Wer wird in Estland Staatspräsident?

Auf eine Zeit heftigen politischen Kampfes, die mit dem Siege der Freiheitskämpferbewegung Ende Oktober-Volkenscheid ihren vorläufigen Abbruch gefunden hat, ist in Estland nunmehr eine Zeit der politischen Ruhe eingetreten, die bemerkenswerter Ereignisse ermangelt. Die beiden Gegner, die hiergehörigen Freiheitskämpfer auf der einen, die gefolglosen, aber noch nicht endgültig auf die Rufe gerungenen Systemparteien auf der anderen Seite, sammeln sich zum Entschiedenem Kampf um die Macht im Staate, zu dem kommenden Parlamentswahlen, vor allen Dingen aber zur Wahl des neuen Staatspräsidenten. Diejenige Partei, die es gelingt, das Amt des Staatspräsidenten in ihre Hand zu bekommen, ist dank dem überragenden Einfluß, mit dem die neue Verfassung dieses Amt ausstattet, in der Lage, in die politische Entwicklung des Landes entscheidend einzugreifen. Die Bewegung der Freiheitskämpfer ist nach Aufhebung des Kriegslandes, die unmittelbar nach dem Abblümmungssieg im Oktober erfolgt ist, den Vorangängen, ihre von der Systemregierung künstlich verbotene Organisation wiederherzustellen. Am einfachsten war das in Dorpat, wo der Freiheitskämpferbund bereits vor Verhängung des Kriegslandes aufgelöst worden war und wo es den Freiheitskämpfern gelungen ist, die Aufhebung des Verbots durch eine Klage beim Staatsgerichtshof anzufordern. Schwieriger gelangte es in den anderen Provinzen, wo der Verbotsbescheid in den anderen Beständen, wo das Verbot nach Verhängung des Kriegslandes erfolgt ist, insbesondere in der Landeshauptstadt Reval, wo zwecks Wiederholung des Kommunismus der Kriegsjustizteil auch dem Kommunistenpartei vom Jahre 1924 ununterbrochen belanden hat und nach Aufhebung des gegen die Freiheitskämpfer gerichteten Ausnahmengesetzes weiterbehebt. Dem Freiheitskämpferbund ist es insofern gelungen, sich wiederherzustellen, als es gelungen ist, insbesondere die Organisation unter einem etwas abgelebten Namen und geringfügigen Änderungen der Satzungen vereinstreulich neu einzurichten wurde. Die Änderung bezieht sich in den Hauptzügen darauf, daß in dem einzelnen Beständen nicht mehr, wie bisher, selbständige Freiheitskämpferverbände bestehen, sondern nur noch Ortsgruppen eines einheitlich organisierten und geleiteten Hauptverbandes, der seinen Sitz in Reval hat. Es handelt sich um letztere Zusammenfassung der Kräfte, die der Führung nur willkommen sein kann. Der Verband der Freiheitskämpfer hat in seiner neuen Gestalt die Zustimmung der Ortsgruppe Werra am 12. November, an der etwa 1000 Mitglieder des Verbandes aus dem ganzen Land teilgenommen haben, zum Ablauf genommen, dem Lande seinen Präzedenzfall einleitend, zu verabschieden. Die letztere Zustimmung hat ausdrücklich an eine Parade der Freiheitskämpfer auf dem Marktplatz der Stadt Werra statt, bei der die Mitglieder des Bundes an ihren Führern General A. Parka und Rechtsanwält A. Sirk vorbeimarschierten. Viel bemerkt wurde die Anwesenheit des sibirischen Gruppenbefehlshabers und des Sanitätsleiters, die auch an der Zusammenkunft teilnahmen. Der Führer A. Sirk mit einer längeren Rede, wobei er die große Bedeutung des Bundes an ihren Führern General A. Parka und Rechtsanwält A. Sirk vorbeimarschierten. Viel bemerkt wurde die Anwesenheit des sibirischen Gruppenbefehlshabers und des Sanitätsleiters, die auch an der Zusammenkunft teilnahmen. Der Führer A. Sirk mit einer längeren Rede, wobei er die große Bedeutung des Bundes an ihren Führern General A. Parka und Rechtsanwält A. Sirk vorbeimarschierten.

das Anrecht auf die höchste Führung innehat. Das amtliche Parteiblatt „Baltia“ unterzeichnet fernerleits die auf die Parteimitgliedschaft bezüglichen Ausführungen des Führers A. Sirk und stellt u. a. fest, die Freiheitskämpfer meinen, wenn sie vom Parteistylus sprechen, das gesamte politische Leben der letzten 15 Jahre. Die Freiheitskämpfer müden es als abzulehnen, mit diesem System zu kooperieren, mit dem dieses System keine Chance gegen die Volkenscheid gehabt. Die Kampfanlagen müden keineswegs gegen die Volkenscheid gerichtet, denn gerade das System ist der schlimmste Feind einer Volkenscheid. Die neue Verfassung, der die Freiheitskämpfer zum Siege verholfen hätten, ist Garant der Volkenscheid, aber nur im Falle des Freiheitskämpferturns. Die Freiheitskämpfer leben bei, allen politischen Gruppierungen die Hand zu bieten, die sich vorbehaltlos in den Dienst von Volk und Staat stellen, der eigensinnigen Politik der bisherigen Systemparteien aber müsse ein Ende gesetzt werden. Was lassen im estnischen Volke nur sich gebe, ist eine Wiederbart, eine Erneuerungsgewalt, die heute in der Seele des Volkes Leben gewinnt.

Weitere Maßnahmen, die Freiheitskämpferbewegung für den Entscheidungskampf um die Macht in Form zu bringen, sind von der Landesregierung der Bewegung zu erwarten, die demnächst in Reval stattfinden soll. Die Freiheitskämpfer haben Grund zu hoffen, ihre Kräfte für die letzte Entscheidung zu konzentrieren, zumal die auf Oktober gefolglosen Systemparteien den Kampf keineswegs aufgegeben haben. Als weitere Präzedenzfallskandidaten außer General „Erika“ werden in erster Linie der jetzige Staatssekretär K. Pätts und der oberste Befehlshaber im Kriegsgebiet der Volkenscheid General P. von der Norder genannt. Pätts ist einer der Führer des Bundes der Verbände, die sich im Oktober-Volkenscheid nicht beteiligten. Außerdem er sich bereits vor dem Oktober-Volkenscheid als Anhänger der neuen Verfassung bekannt hat, wird seine jetzige Regierung von den Freiheitskämpfern scharf abgelehnt. Der „Baltia“ nennt die Regierung Pätts eine Verleugung des im Volkenscheid klar ausgedrückten Volkenscheidens. Statt eines überparteilichen Abgemäßigten müden eine Regierung mit einem außerparlamentarischen Charakter die höchste Präzedenzfall sein werden. General P. von der Norder, der von einigen, weniger gut unterrichteten Kreisen geradezu als Präzedenzfallskandidat der Freiheitskämpfer angeprochen worden ist, hat mit den Freiheitskämpfern offenbar ebensowenig zu schaffen, wie K. Pätts. Jetzt noch in den politischen Hintergründen verborgen, kann im entgegenstehenden Augenblick, vielleicht dem zweiten Zwischgang sehr wohl noch ein weiterer Präzedenzfallskandidat auftauchen, und zwar der Mittelparteiüberführer J. Künjõn, der Befehle vom Oktober, der sich mit seiner Niederlage keineswegs abgefunden hat, sondern seine allerdings stark zusammengeschmolzenen Anhänger mit der Partei: „Bornärs“ im alten Eilat“ wiederum in den Kampf geführt hat. Das Endergebnis des Ringens um den Präzedenzfall ist insofern doch wohl durch den Ausfall der Volkenscheidabstimmung vom Oktober vorzuziehen und einem Sieger der Freiheitskämpfer, die die weit überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich haben, und in diesem letzten Entscheidungstreffen ist kaum noch zu zweifeln. — 19. —

Der polnische Aufstand in Posen.

Von Hermann Pilschke.

(23. Fortsetzung.)

Am Morgen des 12. Dezember ging ich in mein Amt. Da erfuhr ich auf dem Gange, daß neben der Vertreterversammlung auch an eine große Kundgebung des Demonstrationszweigs gedacht ist, die einen großen Umzug durch die Stadt veranlassen. Auch das Militär werde daran teilnehmen. Ein Interoffizier Hühler, der damals unter dem Soldaten eine führende Rolle spielte, hatte sich dafür eingesetzt, und die Soldaten dafür gewonnen. Später erfuhr ich auch, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kundgebung verbieten wollte. Was hier bezügl. Veranlassung gab, mußte man nicht wissen, doch gab darüber ein Wunsch der Polen stand. Er gab vor, daß er nicht, ohne Zustimmung der Bevölkerung oder gar Zusammenkünfte mit den Polen befehligen. Der Interoffizier Hühler aber wollte sich durchsetzen. Er drohte, daß er trotz des Verbots das Militär ausführen würde, und mit ihm einen großen Demonstrationzug durch die Stadt zu unternehmen. Das wickelte. Man gab den Umzug frei.

Die Erlegung des politischen Feindes veranlassen hatte der polnische Volksrat, der die politischen Schicksale des Landes zum Unterricht beantragt. Das war ihm genehmigt worden. Auch in dem deutschen Volk hatte man ein ähnliches begehrt. Der Antrag war aber dennoch nicht gestellt worden, weil man die Schulung nicht auf die Straße ziehen wollte. Erprobung beantragte mit Lehrer der Mittelschule für Mädchen in Posen, dem Unterricht für die deutschen Lehrer und Schlieren, von 10 Uhr ab anzufangen, da wir auch in der Umgebung und in der Stadt. Der Direktor, der damals schon polnischer Meinung verdrängt war, gab, er würde weibliche Antwort. Sie genigte uns aber, um die Schule gegen 10 Uhr zu verlassen. Ich ging von der Paulikirche auf dem nächsten Wege der Martinstraße zu und traf bereits auf die Spitze des Zuges. Voran marschierte eine Musikkapelle. Es folgte ungefähr ein Dutzend Soldaten und weiter Männer und Frauen in geordnetem Zug mit vielen Fahnen. Die meisten waren in Schwarz-Weißer Kostüm gehalten. Nicht eine einzige zeigte das revolutionäre Rot. Man

lang patriotische Lieder. Ich schloß mich der Spitze des Zuges an, und als ich sich an dem „Bismarckdenkmal“, das südlichen Ende, im Bismarckdenkmal erblickte, erfuhr, der vielbekanntere Ruf: „Bismarck, lebe auf!“, dem dann das Deutschland folgte. Ein Berg von Kränzen mit schwarzweißen Schleifen war auf den Stufen des Denkmals niedergelegt. Im Marsch beobachtete ich ein drohliches Gefolge. Der „A.“ und „S.“-Hat hatte von dem Gouvernementsgebäude aus gesehen, daß keine rote Fahne zum Zug ist, ganz Polen nach demal, noch feierlicher, als im ersten Soldaten der Deutschen, die er gesehen. Ein „Entschlossen schickte er einen Soldaten auf das Dach des Gouvernementsgebäudes, um die große rote Fahne der Revolution abzuholen und dem Zuge voranzutragen. Das hatte natürlich eine Zeit gedauert. Mittlerweile war die Spitze des Zuges längst da. Reuend und erschrocken kam der Soldat mit der schweren Fahne nachgelaufen und stellte sich an die Spitze des Zuges. Ein angebenes Gewehr befahl ihm, wie wenig man auf dieses Symbol im Zuge gab und wie lächerlich die Vorlage erschien. Aber der Zug marschierte nun unter dem Zeichen und dem Schutze des „A.“ und „S.“-Hates.

Von der Höhe der Capovatore sah ich mich um, das das Ende des Zuges zu sehen und seine Länge abzuschätzen. Vergeblich. Noch immer strömten neue Massen von unten her aus der Markirahine nach, unterbrochen von Militär und Musikkapellen. In den meisten Wohnungen waren die Fenster geöffnet, Frauen und Kinder hatten den Blick aus allen Fenstern auf den Zug gerichtet. Die Capovatore der Schwand und der inneren Rot endlich eine bestreute Kat! Eränen der Freude darüber, daß sich das Volkstum endlich zu einer starken Kundgebung zusammengefunden hatte. Jassen. Aus allen Säulern kam es hervor, Männer und Frauen, auch alle Werklöter und von der Dahn her frömten die Arbeiter und Beamten herbei und ließen sich dem Zuge an. Man hat ihn auf 20 000 Menschen geschätzt. Entschlossene Schöpfungen gingen sogar bis auf die Zahl 30 000. Die

Zahl der Feldgraben wollte man 5—6000 abschätzen. Doch ist schwer zu sagen, ob das wirklich Soldaten waren, da in jener Zeit fast alle Feldgrub trug.

Für solche Mäßen gab es in Polen keine geordnete Unterbringung, weder in einem Garten, noch in einem geschlossenen Raum. Der vordere Teil des Zuges kam in dem Zoologischen Garten und in dem großen Versammlungslokal unter. Der größte Teil mußte wieder hineinkommen. Im Zoologischen Garten sprach der Unteroffizier Führer zu den Soldaten. Seine Unterredungen gipfelten in dem Erkennen des zukünftigen Polens und zum Bestehen. Dabei: Begleitung und tiefste Ergriffenheit lag auf allen Gesichtern. Es war, als wäre das deutsche Volk schnell wieder zu sich selbst gekommen und feiere eine vaterländische Auferstehung.

Am 12. Uhr begann die Vertreterversammlung, die fast 2½ Stunden dauerte. Neben der Vertreterversammlung war noch nördlich auch ein öffentlicher Versammlungssaal. Hier waren die Vorbereitungen getroffen. Die Räume aber waren lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Tausende standen noch der Straße. In aller Eile wurden die Versammlungssäle in der Umgebung freigegeben. So fanden am Abend des 12. Dezember zehn Volksversammlungen statt. Bei allen waren die Räume überfüllt. Redner waren Mittelschüler: Dabrowski, Doktor Grewalski, Doktor Gierler (in zwei Versammlungen), Dr. Hermann, Arbeiterleiter Kowalski, Schriftleiter Peck (in zwei Versammlungen) und Frau Dr. Prochowicz. In allen Versammlungen wurden die Entschlüsse der Hauptversammlung einstimmig angenommen.

Das war die letzte maotoolle Kundgebung des Deutstums in Polen. Erob der Aussagen bis in den spätem Abend hinein ist es zu erkennen nicht gekommen. Die Polen hielten sich zurück. Die geschlossene Ordnung und die starke Erfindung des Redners mag wohl dazu beigetragen haben. Mit welcher Stimmung sie die Kundgebung ansahen, zeigt das Urteil Rzeczpospolite, der sie eine grobe Provokation nennt. Leider kam die Sammlung des Deutstums zu spät, und die Vorbereitungen der Polen waren bereits viel zu weit gediehen, als daß sie durch solche Kundgebungen niedergehalten werden konnten. In 14 Tagen sollte sich das Schicksal Polens.

Polen in Polen.

Das Vorbild: Ein Putsch war nur der Zustand in Polen in seinem Beginn und in seiner Arbeit, trotz seines breiten weltgeschichtlichen Hintergrundes. Er wurde durch fremde Kräfte in die Welt einwirkend verschafft, daß er sich zu europäischer Bedeutung auszuweiten konnte.

Heute sieht man ihn als das Herküll der polnischen Aufstandsbewegung an. Mit Recht, denn durch ihn wurden die Polener Aufständischen in die Kampfhandlungen des aufstehenden Staates hineingezogen. Er gab den entscheidenden Anstoß und die nötige Unterstützung die volle Schwärze und den tiefen Verfall des Deutstums und zog hinter sich her den Aufstand in Schlesien und die Abtretung des Korridor, der als Schanzensystem und Abzweig zugleich bald darauf in unseren Leib getrieben wurde.

Es kann darum nicht unvornehmen, daß die Polen diese Zeit zu Unrecht mit einem Selbsttun umgeben haben, wie es eine demagogische Phantasie überhaupt unter irgendwelchen Umständen erdichten kann. Sie ist nicht selten in der Gefahr, ein Krankheitsüberwachen. Auch Rzeczpospolite ist in seinem Bericht nicht frei davon. Auch er fällt in seinem „Dezember-Aufstand in Groepolen“ gemeine Tricks in Heidentum an und ist, wenn er von Kampfhandlungen berichtet, völlig unzuverlässig, selbst da, wo er scheinbar mit größter Sicherheit auftritt. Rzeczpospolite war eine aufgeregte Natur und reichlich nutzlos. Er misst sich mit der Erfindung. Er war einer der größten Elender unter den polnischen Putschisten. Er hat die besten Kräfte in die Irre und lieh als Vorbild hinführen. Das verleiht ihm zu den gemäßigten Behauptungen, denen man nicht immer Entgeltlichkeit zubilligen kann. Auf der anderen Seite weiß er wohl zu verschweigen, was unangenehm ist. Dennoch gilt sein Werk bis jetzt gerade als Standardwerk über den Dezember Aufstand.

Der polnische Aufstand hat bis jetzt an einer eingehenden Darstellung der polnischen Aufstände mangelte. Ich würde mich sehr um die Ungunst der Verhältnisse, der polnischen Auffassung die deutsch-gewöhnlich zu sein. Sie soll der Wahrheit dienen und darum zu Unrecht niemand erheben und niemand verlästern, nicht Freund und nicht Feind, aber auch niemand schonen.

Doch woher die Kenntnis?

Ich habe den Aufstand an Ort und Stelle erlebt. In meiner Stellung im Deutschen Volksrat, in den Beamtenerbänden und bald auch als Abgeordneter des Preussischen Landtages mußten die Berichte über die Geschehnisse nicht nur heranziehen. Ich war fast täglich genötigt, sie kritisch zu betrachten und auszuwerten. Ich blieb nach dem Putsch noch 1½ Jahre in der Stadt Posen anständig und hatte Gelegenheit, meine Aufschauungen an deutschen und polnischen Stimmen und an mancherlei unangenehmen Anzeichen nachzuprüfen. Ich habe an dem Sammeln von Berichten von deutscher Seite über den Putsch persönlich teilgenommen und als Selbstmörder bei öffentlichen Verhandlungen, wo noch die Aussagen unter Eid standen, manchen tiefen Einblick in die Entwicklung des Putsches tun dürfen. Ich habe ferner die Protokolle, die der Deutsche Volksrat über den Putsch von Augenzeugen hatte aufzuheben lassen, wiederholt und eingehend durchgesehen und mit unter dem frühen Eindruck der Geschehnisse zu richtigen Randbemerkungen gemacht. Und endlich bin ich noch vor der Wiederherstellung dieser Seiten mit zwei-

hundert Personen, die Augenzeugen oder Wissende von wichtigen Ereignissen waren, in Gedankenaustausch getreten. Was ich also sage, ist wohl begründet.

Die Polen sind ihrem Charakter in der Aufstandsbewegung treu geblieben. Ihre Kaktik entsprach ihm. Sie waren äußerst vorsichtig und scheuten ein offenes Zutreten. Sie bandelten verdeckt und verjagten und wählten den Weg hinter ihrem. Dabei war ihnen jedes Mittel recht. Wo die Kaktik nicht ausreichte, da mußten Beschäftigung, unerbittliche Gewalt und Mord nachhelfen. Dazu einige Bemerkungen.

Am Polen Land letzte ihre Freiheitsbewegung mit gemeinem Verrat an dem deutschen Volke, im Krieg dem Feinde gegenüber ein. Rzeczpospolite bringt Beispiele genug dafür. Sie fanden ganz gewiß in einem stillen Übereinkommen mit der Sozialdemokratie, die rote Truppen von Berlin nach Polen schickte und dann die Besetzung der Stadt und Feltung Polens den Polen in die Hände spielte. Mit ihrer Hilfe erstrebten sie sich auch die Mehrheit im A- und S-Räte und damit zugleich die ausschlaggebende Stellung der Vertretung. Verrat und hinterlistig rüsten sie ihre Kruppenkörper auf und hielten sie auf deutsche Kosten aus. Auf dem Wege einer hinterhältigen und verlogenen Politik zog Dabrowski in Polen ein und löste den Putsch aus. Durch verlogene Berichte über ihn täuschten sie die Entente und bahnten sich so den Weg zum Waffeneinstück von Crice, der von Frankreich zugunsten Polens dinstierte wurde. Der Polener Putsch war kein Feindstück. Er konnte nur gelinde dem Verlogenen der Entente gegen den Feind der deutschen Verrat und die bis zum Wobhain getriebene deutsche Selbsterlöschung.

Die Zeit nach dem 15. Dezember war für die Deutschen in Polen eine Zeit großer Ermutigung. Die Vorbereitungen der Polen, ihre Hand gewollt auf die Stadt zu legen, konnten nicht mehr übersehen werden. Die allgemeine politische Lage ermutigte sie dazu. Am 6. Dezember hatten die Engländer die Moskade niedergebittet, ein Zeichen dafür, daß man Deutschland mit allen Mitteln in der Nähe hielt. Am 15. Dezember brachen die Polen in Warschau die Verhandlungen mit Deutschland ohne jeden Grund ab, genötigt durch den Druck der Franzosen, und am 21. Dezember wurde der deutsche Gesandte v. Kehler aus Warschau vertrieben. Die polnische Presse nahm die Berichte mit großer Freude auf. Doch die Polen dazu noch Sonderwünsche hatten, bewies, daß in Polen das Gerücht hartnäckig verbreitet wurde, daß die Kruppenkörper der Entente nicht in Polen einziehen würden. Die Polen waren gegenwärtig die Lehramtsamtstellen auch von dieser Seite der völlig ungeschickten. Unter diesen Ansichten gewann die scharfe Richtung unter den Polen, die für die Befreiung durch Waffengewalt war, ständig an Boden. Dazu gehörten die militärischen Verbände, die Sokols und Skauts und ein großer Teil der Nationaldemokraten der Richtung „Kriegsakt“.

Die Leute sich noch nicht recht. Der Rzeczpospolite vor den deutschen Kruppen und die Suche vor der deutschen Wehrmacht hielt die Stürmer nach wieder. So nur ist der Ruf nach einer konsequenten Besetzung Polens, wenigstens aber einem Teilhabe der Seindbündnisse durch Bestehen einer Vertretung, die das schon der Teilgebietlandtag beschlossen hatte, zu verstehen. In ihrem Schalten hoffte man dann, wie später in Oberbeselien, besser zum Ziele zu kommen. Der Mikroskopisch die Waffentätigkeit schloß sich in einem Erweise. Die polnische Zensur sich furchtbar nach Ziele. So erklärt sich auch die große Schlacht nach seinem Kommen. Gleich nach dem 15. Dezember sprach man schon von ihm. Am 20. wurden bereits nach Rzeczpospolite Angaben zwei Kuriere nach Danzig geschickt, um sein Eintreffen zu erkunden. Die polnische Presse war kurz vor Wobhachten bereits in der Lage, es anzukündigen. Gleich hoffte man auf das Eintreffen der Holtertruppen nach Danzig. Die Kurier, die nach Danzig kamen, waren groß, aber der Vertreter hatte umhören, das Vorkommen einschließen. Eine Kriegserklärung an Deutschland wurde schon überfällig ist. („Dziennik Powsny“ Nr. 225 vom 24. Dezember 1918.) Er plaudert damit Überlegungen aus geheimen Verlautungen aus und gibt den Zweck von dem Kommen Dabrowski öffentlich preis. Erst „Wlaski am 29. November die Wobhain für die polnische Nationalversammlung aus dem russischen Gebiet aufstehen und richtete man sich in Polen so ein, als wenn es schon zu Polen gehörte.

Eine Eile in dem Vorgehen mit bemessener Hand loben ohnehin geboten, wenn der Putsch gelingen sollte. Schon lagen Anzeichen genug vor, daß sich das deutsche Volk früher wie ermutigt, aus seinem Niederbruch aufzurichten könne. So hatte die außerordentlich starke Teilnahme an der Vertretertagung der deutschen Volksräte und die geschlossene Abwehrfunktion einen tiefen Eindruck bei ihnen hinterlassen. Seit der Zeit gerann die deutsche Sache in der Vertretung ein. Die deutsche Widerstand verzeigte sich nach allen Richtungen hin. Selbst in dem roten Berlin war auf dem Kongreß der A- und S-Räte am 15. Dezember die Auffassung des Streichenplans einigültig beschlossen worden. Auch in den S-Räten der Provinz machte sich ein neuer Geist bemerkbar. Am 4. Dezember trafen sich in Polen die Abgeordneten sämtlicher S-Räte, um sich zu vereinigen. Der Zweck war die Vertretung des S-Räte der Armeekörper zu schaffen. Es war natürlich, daß dabei die S-Räte des ganzen Armeekörpers das Stimmrecht ausüben wollten. Die Polen widersprachen. Sie fürchteten, in die Minderheit gedrängt zu werden, wenn auch die Vertreter aus dem Bezirk Glogow und Zilichow mitstimmten würden. Sie widersprachen. Durch ihren Widerpruch stieg die Versammlung auf. Daselbst geschah zum zweiten Male bei der Wiederholung der Versammlung am 15. Dezember. Der scharfe Wider-

